

Eröffnung des Reichstages.

Mit Bezugnahme auf die in Nr. 1 des Reichsgesetzblattes verkündete kaiserliche Verordnung vom 23. Januar d. J., durch welche der Reichstag berufen ist, am 12. Februar d. J. in Berlin zusammen zu treten, wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Eröffnung des Reichstags an dem gedachten Tage, um 2 Uhr Nachmittags, im Weißen Saale des königlichen Schlosses stattfinden wird.

Die weiteren Mittheilungen über die Eröffnungssitzung werden in dem Bureau des Reichstags, Leipzigerstraße Nr. 4, am 11. Februar in den Stunden von 9 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends und am 12. Februar Vormittags von 8 Uhr ab offen liegen.

In diesem Bureau werden auch die Legitimationskarten für die Eröffnungssitzung ausgegeben.

Berlin, den 9. Februar 1879.

Der Reichskanzler.

In Vertretung: Hofmann.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

48. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10. Februar.

10 Uhr. Am Ministerial-Präsidenten, Grafen zu Eulenburg, Hohenzollern, Maybach und zahlreiche Commissarien.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf, betreffend eine Abänderung des Gesetzes vom 25. December 1869 über die hannoversche Creditanstalt.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Staatshaushalts-Etats für 1879/80 und wird die Mehrzahl der Special-Etats ohne Debatte genehmigt.

Beim Etat der directen Steuern fragt Richter (Hagen), ob die rebidirt, um 6 1/2 Millionen Mark erhöhte Gebäudesteuer wirklich vom 1. Januar 1880 ab erhoben werden oder nicht, vielmehr die neue Veranlagung um 1/2 Jahr bis zum Beginn des neuen Etatsjahres hinausgeschoben werden soll. Rechnet die Regierung in der That auf den Erfolg ihrer Steuer-Reformen, dann hat sie das Interesse, daß eine Maßregel, die später wieder rückgängig gemacht werden muß, wenn man den Communen einen Theil der Gebäudesteuer überweisen will, gar nicht erst in Kraft tritt. Die Grundsteuer sinkt stetig in Folge des stetig verminderten Geldwerthes; dabei soll die Grundsteuer einseitig erhöht werden, in Berlin dem Vernehmen nach um 1 Million Mark. Soll auch der Finanzminister keine Oberbürgermeister-Politik treiben, so weiß er doch, wie es in den großen Städten zugeht. Man spricht immer von der schlechten Lage der Grundbesitzer, aber die Hausbesitzer sind nicht minder übel daran. Auf Grund hoher Miethspreise haben sie ihre Häuser gekauft, die jetzt bei sinkenden Miethen ertraglos sind, und in diesem Augenblicke will man die Gebäudesteuern erhöhen. Dadurch entwerthet man die Grundstücke in Berlin, wenn man das Steuerplus capitalisirt um 25 Millionen Mark. So belaste man die Hausbesitzer, während man den Grundbesitzern mit Kornzölleu helfen will. Die „Provinzial-Correspondenz“ spricht immer von der Absicht der Regierung, die Communen zu entlasten; das Alles muß der gemeine Mann für unwahr halten, wenn ihm gleichzeitig eine Erhöhung der Gebäudesteuer präsentiert wird.

Finanzminister Hohenzollern: Wenn es sich um einen Erlaß der Gebäudesteuer bei der Steuerreform handelte, dann wären die angeführten Momente allerdings wichtig; es handelt sich aber nur darum, ob die erhöhte Steuer ein Vierteljahr früher oder später eingeführt wird. Es handelt sich aber keineswegs durchweg um eine Erhöhung, sondern nur um eine gerechtere Veranlagung, deren Gesamtergebnis allerdings eine Erhöhung ergeben hat. Da im Gesetz festgesetzt ist, daß durch die Verlegung des Etatsjahres der Termin für die Gebäudesteuer-Revision keine Verringerung erleide, ist kein Anlaß zu dem vom Vordrucker gewünschten Gesetze vorhanden.

Abg. v. Ludwig: Der Abg. Richter tappt doch in Bezug auf das Verhältnis zwischen Grund- und Gebäudesteuer im Halbdunkeln. Die Grundsteuer bleibt unverändert, weil das Object derselben unverändert bleibt, ja sich vermindert, weil dem Grundbesitzer immer mehr Grund und Boden zum Häuserbau entzogen wird; gehen Sie doch nur in die Vorstädte Berlins! Die Gebäude vermehren sich dagegen fortwährend, also darf man sich über das Wachsen der Gebäudesteuer nicht wundern.

Abg. Richter: Es handelt sich bei der eintretenden Gebäudesteuer-Erhöhung nicht bloß um neue Häuser; in dieser Beziehung tappt Herr von Ludwig nicht bloß halb, sondern ganz im Dunkeln. Die Melioration des Grund und Bodens, der höhere Pachtzins hat keinen Einfluß auf die Grundsteuer, jede Verbesserung des Hauses aber, höhere Miethen u. bewirken eine Erhöhung der Gebäudesteuer. Wenn Herr v. Ludwig über den Verlust an Grund und Boden klagt, der dem Grundbesitzer bei Berlin durch die Verkäufe von Baustellen entzogen ist — nun die Gemüthsheiler bei Berlin haben das Land sehr gern hergegeben und sind zum Theil Millionäre dabei geworden. Die jetzigen Besitzer würden das Land gern mit Verlust wieder zurückgeben, wenn die Bauern es nur nehmen wollten.

Zum Eisenbahn-Etat beantragt Abg. Birchow: Das Haus wolle beschließen: die Staatsregierung aufzufordern, dafür Sorge zu tragen, daß der Verkauf von Zeitungen, deren Erscheinen durch das Gesetz nicht untersagt ist, auf den Eisenbahnstationen durch die Verwaltung nicht gehindert werde.

Minister Maybach: Ich hatte am Sonnabend erklärt, daß ich nicht genügend informiert sei, um über das Verbot des Verkaufs der „Frankfurter Zeitung“ auf den Bahnhöfen mich auszusprechen. Die Information hat nun stattgefunden und deren thatsächliches Ergebnis ist folgendes: Durch eine Verfügung, welche vor meinem Amtsantritt erlassen ist, ist den Directionen zur Pflicht gemacht, darüber zu wachen, daß das Publikum in der Auswahl seiner Lectüre auf den Bahnhöfen nicht beeinträchtigt, indessen darauf gehalten werde, daß offensichtlich reichsfeindliche Blätter zur Colportage nicht zugelassen werden. (Hört!) Am 3. Januar d. J. habe ich auf Anregungen von Provinzialbehörden und auch aus dem Publikum Veranlassung genommen, diese Verfügung in Erinnerung zu bringen, insbesondere mit Bezug auf socialdemokratische Blätter, mit Bezug auf unästhetische Druckschriften und auch besonders mit Bezug auf die Photographien der Verbrecher Bödel und Nobiling. Den Regierungen ist seiner Zeit anheimgegeben, durch die gehörigen Polizeibehörden darüber zu wachen, daß derartige Exceste bei dem Vertrieb von Druckschriften auf den Bahnhöfen nicht weiter stattfinden. Im December ist jedoch, wie es scheint, auf Grund dieser Verfügung seitens des Betriebsinspektors in Castell der „Frankfurter Zeitung“ der Verbot auf dem dortigen Bahnhofe entzogen worden, und diese Verfügung ist von der Direction in Wiesbaden aufrecht erhalten worden. Auf die Beschwerde der „Frankfurter Zeitung“ ist nach Anhörung des Regierungspräsidenten in Wiesbaden, der allerdings die Haltung der Zeitung als eine reichsfeindliche nicht bezeichnen konnte, diese Verfügung vom Ministerium bestätigt, d. h. es ist erklärt worden, daß kein Anlaß vorliege, das Verbot aufzuheben. Mein Standpunkt zur Sache ist folgender: Nachdem ich mich über die Angelegenheit und über die Lage der Gesetzgebung informiert habe, so sage ich, wenn man nicht dazu übergehen will, die Colportage ganz zu verbieten, so wird es sich empfehlen, die Auswahl der Druckschriften dem Publikum nicht zu beschränken, vielmehr diese Auswahl lediglich infolge einer Einschränkung erleiden zu lassen, als es sich um Druckschriften handelt, die dem Gesetz verfallen sind. Ich kann also erklären, daß ich mit dem Antrag in seiner Tendenz einverstanden bin und bereits eine entsprechende Verfügung erlassen habe. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Windthorst (Neppe): Ich kann über die Erklärung des Ministers nur meine Befriedigung aussprechen, nehme aber an, daß es sich nicht allein um die „Frankfurter Zeitung“ handelt, sondern daß die Verfügung eine generelle sein wird.

Der Antrag Birchow wird darauf mit sehr großer Majorität angenommen; dagegen stimmen nur einzelne Alt- und Freiconservative.

Vom Abg. Richter (Hagen) ist folgende Resolution eingebracht:

Die Staatsregierung aufzufordern, dem Landtage in einer besonderen Denkschrift eingehend und ziffermäßig im Einzelnen darzulegen, welche Gründe die Beschränkung von Differentialtarifen seit dem März 1878 namentlich in Bezug auf Holz, Mehl, Weintrauben und Hammel veranlaßt haben und welche Wirkungen sich aus diesen Maßnahmen für die betreffenden Consumenten- und Producentenfreie, sowie für Eisenbahnen und Schifffahrt ergeben haben.

Abg. Richter (Hagen): Ich halte eine Abweichung von der Regel, in dritter Lesung nicht Fragen anzulegen, die nicht bereits in der zweiten zur Erörterung standen, in diesem Fall für gerathet, weil die zweite Veranlagung des Eisenbahnetats zum Theil in einer Abänderung behandelt und auf den Wunsch des Herrn Präsidenten in derselben zum Ende geführt wurde. Das Publikum würde es nicht verstehen, wenn die im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehende, im März v. J. von dem Herrn Ministerpräsidenten angeregte Frage der Differentialtarife im Hause unbesprochen bliebe. Allerdings sind allgemeine Diskussionen dafür oder dagegen praktisch ganz unfruchtbar, nur in Bezug auf eine einzelne Route, bestimmte Transportverhältnisse und bestimmte Transportfälle kann die Frage der Differentialtarife zur Erörterung kommen. Selbst solche Bemerkungen, man dürfe keine Importprämien gewähren, sind nur allgemeine Redensarten, die keine unterbreiten kann, ohne Bedeutung für die Sache. Es kommt ja darauf an, ob bei solcher Verschiedenheit wirklich eine Identität der wirtschaftlichen Bedeutung und der Transportverhältnisse vorhanden ist. Dadurch, daß zwei Linien sich 100 Meilen weit erstrecken, sind sie doch wirtschaftlich für die Transporte durchaus nicht von gleicher Bedeutung. Eine Tarifermäßigung kann auf den Transport der einen Linie vom größten Einfluß sein, auf den einer anderen Linie wirkungslos bleiben. Ebenso wenig ist die ganze Strecke wirtschaftlich identisch mit der Bedeutung einer Theilstrecke. Eine Tarifermäßigung auf einer Gesamtstrecke kann große Transporterträge nach sich ziehen, während sie für eine Theilstrecke bedeutungslos bleiben kann.

Nun hat der Herr Ministerpräsident selbst in jener Sitzung die Lage der Differentialtarife in dieser ganz praktischen Art in Bezug auf zwei besondere Verhältnisse, in Bezug auf die Holztarife und die Höhe zur Sprache gebracht. Ueber die letztere ist bereits mehrfach gesprochen; bezüglich der ersteren, die weit über die Frage selbst hinaus eine politische Bedeutung erlangt und unmittelbar den Anstoß zu einem Personenwechsel gegeben hat, haben wir ein Recht, Auskunft von der Regierung zu verlangen und zu fragen: ist das auch Alles wahr, was Herr Bismarck uns hier über die Holztarife gesagt hat. Der Herr Eisenbahnminister muß sich dessen inzwischen vollständig vergewissern haben: Diese Frage der Holztarife ist aber deshalb ganz besonders interessant, weil sie zu einer Regulierung geführt hat, die an sich nicht in der Richtung lag, die man bei der Beschränkung der Differentialtarife im Auge hatte, nämlich nicht zu einer Erhöhung derselben, sondern zu einer allgemeinen Regulierung der Holztarife und zur Ermäßigung der Localtarife, der Vinnertarife, wenn man so sagen darf. Uebrigens in dieser Richtung ist eine Gleichheit der Holztarife für das Ausland und das Inland hergestellt. Ebenso wichtig ist die Frage der Mehltarife. Hier handelt es sich nicht um Import, sondern um Durchfuhrtarife, und diese Frage liegt auf einem ganz anderen Brett als die der gewöhnlichen Differentialtarife. Ich wünsche, daß der Herr Eisenbahnminister Auskunft darüber gebe, ob sich in Bezug auf die Holztarife das Alles als wahr erwiesen hat, was der Herr Ministerpräsident uns hier im März gesagt hat, auf welchen Voraussetzungen seine Aenderungen der Mehl- und Holztarife beruhen und welche Erfahrungen er inzwischen damit gemacht hat.

Regierungs-Commissar Geheimrath Fleck: Der Bundesrath hat im April 1877 den Grundsat ausgeprochen, daß die Bundesregierungen von den deutschen Bahnen Tarife festhalten möchten, durch welche ausländische Producte und Fabrikate wesentlich begünstigt werden könnten. Die Regierungen sind seitdem in diesem Sinne vorgegangen, aber natürlich nur subsidiarweise, da die Differentialtarife natürlich nicht mit einem Schlage rebidirt werden konnten. Was die Holztarife anlangt, so ist es nicht ganz den Thatfachen entsprechend, wenn man annimmt, daß ihre Regulierung erst aus dem März 1878 datirt. Bereits im Jahre 1877 wurde mit der Verwaltung der bairischen Staatsbahnen, die auch ein großes Interesse an der Entwicklung und Gleichstellung der Holztarife hat, Abkommen geschlossen und der Normalatz von 3 Pf. pro Centner und Kilometer schon damals in Aussicht genommen. Ein weiterer Anstoß, die Holztarife im Innern zu reformiren, lag in dem Ergebnis der Tarifreform. Bei den speciellen Erhebungen über die Wirkung der neuen Sätze auf den Verkehr und die Einnahmen stellte sich zwar heraus, daß der Einheitsatz niedriger geworden war als bisher auf den meisten preussischen und deutschen Bahnen, aber die Bedingung, daß jetzt 200 Centner pro Wagen bezahlt werden müssen, hat gerade bei dem 200 Centner Holz, der den Wagen nicht immer vollständig ausfüllt, dieses ungünstigere Resultat zur Folge gehabt. Während alle übrigen wichtigeren Artikel eine Ermäßigung erfahren haben, zeigte sich, daß auf den Staatsbahnen bei Holz bei Wagenladungen von 200 Centner noch eine Erhöhung von 4 Pf. über die procentual erhöhte Sätze hinaus eingetreten war. Die generelle Ermäßigung der Holztarife ist also auf der Basis von 3 Pf. durchgeführt. Auch aus der Rücksichtnahme auf internationale Holztarife, welche vielfach durch Concurrenz beeinträchtigt waren und vielfach auf einem niedrigeren Satze beruhten, war diese Normierung geboten und es wurde durch Rescript vom April 1878 angeordnet, daß auf der für den internen Verkehr genommenen Grundlage die internationalen Holztarife generell zu reformiren seien. In der Presse hat sich über diesen Punkt ein großer Staub erhoben und man bewegte sich vielfach in Widersprüchen, weil wohl die Lage der Dinge nicht so genau bekannt war.

Was die Mehltarife anlangt, so wurde im November 1877 der Antrag gestellt, dieselben nach den nördlichen Hafenstädten zu ermäßigen, um dem Exporte, der sich damals allerdings in größerem Maße über Triest bewegte, wirksam entgegenzutreten. Da schon das Bekanntwerden dieser Nachricht in den Kreisen deutscher Interessenten lebhaften Widerspruch erregte, so wurde den Staatsbahnen die Genehmigung verweigert und dieser Tarif trat nur auf den Privatbahntrassen in Geltung und Ende 1878 auch hier außer Kraft. Im Juni 1878 wurde die Wiedereinführung von Neuem angeregt. Der Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten gab sein Votum dahin ab, daß eine sehr wesentliche Benachtheiligung der Interessen der deutschen Mülerei und Landwirtschaft von diesem Tarif zu erwarten sei. Es kam hinzu, daß derselbe nicht mit genügenden Controlvorschriften umgeben war, welche die wirkliche Wiedereinführung über See hinreichend gewährleisten. Diese Control-Vorschriften wollte man aber nicht, weil durch sie das ganze Geschäft lahm gelegt werde. Die Mülerei in Ostpreußen, Pommern, Preußen und Pommern fürchteten, daß gerade mit Hilfe jenes Tarifs der Absatz nach Holland ihnen in erheblichem Maße verschärft werden möchte, wohn bisher das ungarische Mehlproduct nur in sehr geringem Maße vorgezogen war und wo daher die Rücksicht auf die Concurrenz des Seeweegs überhaupt nicht maßgebend sein konnte. Der Mehltransport über Triest, soweit er hier in Frage kommt, bewegt sich vorwiegend nach Liverpool und Glasgow. Wollte man nur diese Transporte im Auge haben und für den deutschen Transit gewinnen, so müßte man den Tarif mit solchen Vorschriften umgeben müssen, die es gewährleisten, daß er lediglich diesem Zweck diene. So wie der Tarif vorlag, ging er überhieben Zweck weit hinaus. Das waren im Wesentlichen die Gründe, welche für die Ablehnung des Mehltarifs in Frage kamen.

Abg. Richter (Hagen): Ich bedaure, daß die gebotenen Ausführungen so wenig ziffermäßig enthalten. Was die Mehl-Durchfuhr betrifft, so wird von Seiten der Eisenbahnen behauptet, daß die erhöhten Transporttarife ihnen einen Transportverlust bis zu 1 Million Mark gebracht haben. Es fahren 2000 Waggons weniger Mehl durch Deutschland. Darf man im angeblichen Interesse der Mülerei die deutschen Bahnen, welche doch auch zur deutschen Industrie gehören, derart beeinträchtigen? Unsere Mühlen im Westen haben ja unter allen Umständen weit billigere Transportkosten nach Holland, als die ungarischen Mühlen. Außerdem behauptet die Direction der ungarischen Staatsbahn, daß das Verfahren unserer Eisenbahnenbehörden und deren Tarifierhöhungen nur bewirkt hätten, daß der ungarische Mehltransport nach England und Holland, anstatt über deutsche Eisenbahnen sich

über Triest und Fiume wende. Wichtiger noch ist die Holztariffsfrage. Ich habe die Regierung gefragt, haben sich jene Ausführungen des Fürsten Bismarck vom 28. März v. J. über die Schädigung der deutschen Forstproduction durch Differentialtarife wahr erwiesen oder nicht? Jene Klagen des Fürsten machten damals großen Eindruck und waren der letzte Anlaß zu einem Personenwechsel im Eisenbahnministerium. Ich behaupte, daß jene Ausführungen des Fürsten Bismarck unwahr, schief und unvollständig gewesen sind und geeignet, einen ganz falschen Eindruck hervorzubringen. Während Fürst Bismarck die Wirkung der Differentialtarife auf Schlesien als das Schlimmste bezeichnete, hat sich sofort herausgestellt, daß Differentialtarife damals in Schlesien gar nicht existirt haben. Das Publikum hielt diese Klagen des Fürsten für richtig, aber der Fürst scheint durch einen untergeordneten, unwissenden Forstbeamten getäuscht worden zu sein. Der Herr Reg.-Commissar hat auf meine bestimmte Frage, ob sich nicht die damaligen Ausführungen des Fürsten Bismarck als unwahr erwiesen hätten, nicht geantwortet; er ist ausgewichen, indem er statt von schlesischen Renten von sächsischen und bayerischen sprach.

Inzwischen ist noch weiter klargestellt worden, daß damals für Brennholz und Schwellenholz keinerlei Differentialtarife bestanden, daß, was Bau- und Ausholz anbetrifft, 33 Millionen Centner zu Wasser, auf Strömen und zur See eingeführt werden und abgehen von Baiern nur 6 Millionen Centner auf der Eisenbahn. Auch von der letzteren Einfuhr kamen nur für 2 1/2 Millionen Centner Differentialtarife in Frage. Differentialtarife bestanden nur für Berlin, die Seehäfen und den Westen von Deutschland. Diese Differentialtarife sind eingeführt worden nicht in der Concurrenz mit inländischem Holz, sondern in der Concurrenz mit ausländischem Holz, das dem See- und Wasserwege eingeführt wird. Die Holzpreise sind nicht gefallen der Differentialtarife wegen, sondern weil sie in den Gründerjahren eine unnatürliche Höhe hatten. Wir brauchen ungarisches Holz, weil die einheimischen Forsten unsere großen Verlehrscentren mit Bau- und Ausholz nicht genügend zu versorgen im Stande sind. — Es entsteht die Frage, ob nicht gerade die Herabsetzung der inländischen Holztarife die ausländische Holzeinfuhr noch mehr erleichtert hat, weil auch das ausländische auf dem Wasserwege eingehende Holz davon beim Uebergang auf inländische Bahnen profitirt und weil überhaupt ausländisches Holz auch im Inlande durchweg auf längeren Strecken fährt, als inländisches Holz. Alle solche Fragen müssen gründlich untersucht und ziffermäßig klar gestellt werden, alsdann wird sich sofort herausstellen, daß die Bedeutung der Differentialtarife überhaupt wesentlich verkannt und überschätzt wird. In Bezug auf die Grünberger Weintrauben frage ich, ob ihr Absatz nicht deshalb gelitten hat, weil sie in einzelnen Jahren zu teuer ausfielen und die Aushebung der Differentialtarife für ungarische Weintrauben nur bewirkt hat, daß dieselben über sächsische Bahnen als Güter statt über preussische Bahnen fahren. Endlich habe ich auch gehört, daß eine Veränderung der Differentialtarife für die Durchfuhr fremdländischer Hammel nach Paris dem deutschen Hammel nichts genutzt hat. Die fremden Hammel fahren jetzt auf einer anderen Linie nach Paris und blöden dort, wie es in den Zeitungen heißt, wie Schweine im Wettlauf dem deutschen Hammel entgegen: „A! hier all hier!“ Alle diese Fragen sind volkswirtschaftlich so wichtig, daß wir die genaueste Auskunft darüber verlangen müssen.

Minister Maybach: Ich bin sehr überrascht in dritter Veranlagung einen solchen detaillirten Vortrag über einen generellen Gegenstand zu hören, dessen Wichtigkeit ich nicht bestritte. Das Haus wird nicht erwarten, daß ich auf alle diese Einzelheiten und Zahlenangaben eingehen. Ich will daher nur der Annahme entgegen treten, als ob ich durch mein Stillschweigen meine Zustimmung ausdrücken wollte.

Abg. Singe (Mühlentheil): Wendet sich gegen die im Landesökonomie-Collegium ausgesprochenen Sätze, daß das inländische Product nicht theurer gefahren werden solle. Der ausländische Handel lasse sich durch die Aufhebung der Differentialtarife nicht von der Concurrenz mit dem preussischen ausschließen; er suche andere Wege als die preussischen Bahnen und habe solche sogar durch Süddeutschland gefunden. Der inländische Mühlenbetrieb werde aber durch die Aushebung der Differentialtarife schwer geschädigt, da ihnen das notwendige Rohmaterial vertheuert werde. Man könne nicht wegen plötzlicher Tarifänderungen die Mühlen verlegen, zumal diese an die Wasserkräfte gebunden seien. Als Princip müßte also gelten, daß die Tarife immer mit Rücksicht auf die Verhältnisse des Weltmarktes so eingerichtet werden, daß die einheimische Industrie erbalten bleibe.

Abg. v. Rauchhaupt: Diese Debatte, in welcher so viele Einzelinteressen vertreten werden, beweist uns die Nothwendigkeit einer geschickten dauernden Regelung der Tariffsfrage, wie sie in dem letzten Briefe des Reichskanzlers angeregt ist. Diese muß unseren Staatsbahnen Luft schaffen vor dem Drucke, den jetzt die Privatbahnen im Wege der Concurrenz auf sie ausüben. Sonst bleibt der Regierung nur übrig, zu so niedrigen Sätzen zu fahren, daß sie die Privatbahnen schädigt. Dies darf sie, denn die eingeführten Tarife enthalten nur Maximalsätze. An dem Reichstagsgesetz haben alle Parteien gleiches Interesse, damit die Fabrikation nicht durch fortwährende Tarifänderungen geschädigt werde. Durch Annahme des in Elsaß-Lothringen geltenden Scala-Tarifs würden alle Uebelstände beseitigt und das ausländische Product wie das inländische behandelt werden.

Abg. Möhner bittet die Regierung zu erwägen, ob den schlesischen Spiritusfabrikanten mit Rücksicht auf die an sich für den Absatz landwirtschaftlicher Producte ungünstige Lage der Provinz die im März v. J. aufgegebenen Vergünstigungen für den Transport von Spiritus nach den westlichen Städten wenigstens theilweise wieder zu gewähren seien.

Abg. Richter (Hagen): Daß der Minister durch meine Ausführungen überrascht ist, befremdet mich um so mehr, als sein Vertreter mir bereits geantwortet hat. Der Reichskanzler hat am 28. März v. J. in dieser Materie sachliche Ausführungen gemacht, die sich nachher als unrichtig herausstellten. Ich stelle dagegen nur den formalen Antrag, das Material für alle Parteien zu beschaffen. Es geht mir mit dem Minister Maybach eigen thümlich; neulich wies er meine Fragen zurück als Reichssache, heute schweigt er, weil ich in dritter Lesung frage. Und doch hat die Regierung selbst durch die frühe Einberufung des Reichstages und Verzögerung ihrer Vorlagen in diesem Hause die Schuld an dieser Geschäftsfrage, zufolge deren wir am Sonnabend in der zweiten Lesung schweigen mußten. Wenn der Minister mich heute nicht entkräften kann, so müßte ihm mein Antrag um so erwünschter sein, um dem Hause das Material zugänglich zu machen. Wenn der Abg. v. Rauchhaupt sich mit der Angelegenheit näher beschäftigt hätte, so würde er es nicht für möglich halten, daß der Staat unter dem Drucke der Privatbahnen leide. Durch die Ueberinkünfte bezüglich der Tarife haben wir die größten Fortschritte im Eisenbahnbau gemacht. Durch ein Tarifgesetz kann man den Transport nicht dauernd reguliren, denn dieser hängt von den wechselnden Conjunctionen ab. Alle Parteien sind darin einig, daß, soweit allgemeine Normen über das Tarifwesen aufgestellt sind, dies am besten von Reich wegen geschieht. Nur die agitatorische Art ist zu tadeln, in welcher der Gedanke an ein Reichseisenbahngesetz dazu benutzt wird, falsche Hoffnungen zu erwecken.

Der Abg. Windthorst beantragt, den Antrag Richter der Budget-Commission zu überweisen, und vernahrt sich dagegen, daß seine eventuelle Zustimmung zu demselben eine Billigung der Ansichten Richters enthalte.

Abg. Laszler: Da der Antrag Richter nur Auskunft fordert, so wird durch Annahme desselben Niemand an den Ansichten des Antragstellers gebunden.

Abg. Singe erklärt, daß er eine gesetzliche Fixirung der Tarife nicht billige.

Abg. v. Rauchhaupt protestirt gegen die Bezeichnung seiner Rede als einer agitatorischen.

Abg. Richter: Mein Vorwurf richtete sich nur gegen den Reichskanzler; von diesem hat sich Herr v. Rauchhaupt durch seine sachliche Darstellung sehr vortheilhaft unterschieden. (Heiterkeit.)

Der Antrag Windthorst wird abgelehnt, der Antrag Richter gegen die Stimmen des Centrums und der Conservativen angenommen.

Das Haus bricht hier die Debatte über den Etat der Eisenbahnverwaltung ab, um auf Wunsch des Herrn Ministers des Innern, der der

Sitzung des Herrenhauses beizubehalten muß, der Etat seines Ressorts fortweg zu beraten.

Abg. Zimmermann moniert folgende Uebstände in der Berliner Polizeiverwaltung. Die Beamten, wozu zu viel mit schriftlichen Arbeiten beschäftigt; die glänzende Uniform mache sie für die verächtlichen Uebeltäter weitum fennlich. Der Polizei-Präsident, welches dem Berliner Magistrat koordiniert sein sollte, bilde in Bezug auf die Straßenpolizei eine höhere Instanz. Trotz des im Verhältnis zu den Londoner sehr großen Personals sei der Nachtienst sehr mangelhaft. Bei Gelegenheit der jetzigen Erhöhung dieses Etatpostens um 1,600,000 M. solle die Regierung diese Uebstände abstellen.

Abg. v. Zedlitz: Um zu charakterisieren, wie unzuverlässig die Quellen und inhaltlichen Angaben des Abg. Richter sind, muß ich auf die von ihm bei der zweiten Lesung gegen den Landrath v. Scharnweber erhobenen Vorwürfe zurückkommen. Das die von ihm mitgetheilte hohe Liquidation schon damals aufgehoben war, war schon in der Öffentlichkeit und insbesondere dem Gewährungsmann Richter, Dr. Meindl, bekannt. Richter beklagte ferner, daß dem Amts-Anwalt in Pankow auf eine Beschwärde vom December 1876 Ende 1877 noch keine Antwort zugegangen sei. Dieser Bescheid war aber schon im August 1877 zu Protokoll eröffnet worden.

Auf diese Bemerkung entfällt eine Discussion, in welcher Richter und v. Zedlitz die betreffenden Stellen aus den stenographischen Berichten citiren, der Abg. Richter aber ausführt, daß die hohen Taren, auf welche Richter hingewiesen, Jahre lang bestanden haben, und nur, was derselbe nicht wußte, in den letzten Monaten aufgehoben seien. Schließlich konstatiert der Abg. Richter, daß von Allem, was er in der zweiten Lesung gegen die Landräthe vorgebracht, nur diese beiden Punkte in dritter Lesung angegriffen seien: daß er bereits in der zweiten Lesung bedauert habe, von der Aufhebung der Taren nichts gewußt zu haben, so daß der Vorwurf nur den Dr. Meindl treffen könne, der es unterlassen habe, ihn zu unterrichten; daß er endlich nicht über Verzögerung des Bescheides, sondern bloß über die Unmöglichkeit, eine Abschrift desselben zu erhalten, geklagt habe.

Das Haus kehrt nunmehr zum Etat der Eisenbahnverwaltung zurück. Abg. Birchow beantragt die Forderung von 2,000,000 Mark für den Centralbahnhof zu Frankfurt a. M., die in zweiter Lesung bewilligt ist, abzulehnen. Es lagen einmal die nöthigen Pläne noch nicht vor, außerdem sei die Ausgabe für den ganzen Bau so hoch, 28,000,000 Mark, daß die Bewilligung derselben gründlich erwogen werden müsse. Als einzigen Vortheil stelle die Regierung nur in Aussicht, daß aus dem Verkauf von entbehrlich vorhandenen Grundstücken ein Erlös von etwas mehr als 17,000,000 Mark erzielt werde; dabei müsse man aber noch bedenken, daß diese Verkäufe nicht auf einmal, sondern erst nach und nach stattfinden, sodas man von dem Erlös noch Zinsbeträge in Abzug bringen müßte. Ferner bittet die Staatsregierung besonders, nicht etwa gegen Baden und Hessen als Inhaber der Polizeigewalt mit Zwang vorzugehen und die beteiligten Regierungen gegen ihren Willen zu den Kosten dieses Baues heranzuziehen.

Geb. Rath Fleck bemerkt, daß die Zustände auf dem Bahnhofe der Main-Neckarbahn derartige wären, daß der Staat, wenn es sich um Privatbahnen handelte, schon als Inhaber der Polizeigewalt hätte einschreiten müssen. Die jetzigen Verhältnisse machten das Bedürfnis nach Aenderung immer dringender. Wie unzureichend die Einrichtungen seien, bewiesen die zahlreichen Unglücksfälle, Entgleisungen und Zusammenstöße auf dem Bahnhofe, wobei außer zahlreichen Verletzungen auch 6 Todesfälle von Beamten vorgekommen seien.

Abg. Hammer befragt die Bewilligung der Summe; die Budget-Commission habe die einschlagenden Verhältnisse mit Sorgfalt geprüft und sei zuerst zur Ablehnung der Forderung gekommen. Nachdem aber von Seiten der Regierung die gefährlichen Zustände des Bahnhofes unter Aufhebung von Thatsachen geschildert waren, entschied sich die Commission für die Bewilligung. Auch schon früher habe man in diesem Hause die Unzulänglichkeit der Frankfurter Bahnhofsanlagen anerkannt. Damals handelte es sich hauptsächlich um die Bahnhöfe der Main-Neckar- und der Hessischen Ludwigsbahn, heute wolle man einen Centralbahnhof für sämtliche in Frankfurt mündenden Bahnen herstellen, was eine wesentliche Verbesserung des früheren Planes sei. Wenn sich Baden und Hessen diesem Plane widersetzen, so könne das nur darin seinen Grund haben, daß diese Staaten befürchten, Preußen werde wegen der Verbesserung des Anlagen-Capitals für den Bahnhof eine größere Gewinnbetheiligung verlangen. Wenn die Regierung erklärt, daß sie eine solche Forderung nicht stellt, sei jeder Widerspruch Badens und Hessens beseitigt.

Abg. Windthorst (Meppen) erklärt sich gegen die Bewilligung; wenn man die Pläne noch nicht ausgearbeitet habe, könne man doch noch nicht mit dem Bau anfangen; es käme doch gewiß nicht darauf an, ob man noch etwas länger warte. Außerdem dürfe man gegen Baden und Hessen nicht zwangsweise vorgehen, sondern habe alle Ursache, mit ihnen in Frieden auseinander zu kommen.

Abg. Lasker: Ich habe es als Vertreter der Stadt Frankfurt abgelehnt, für manigfache Ansprüche, die aus der Mitte der Stadt an mich gelangten, einzutreten; aber diesen Anspruch habe ich als so berechtigt anerkannt, daß ich auch ohne nähere Beziehung zur Stadt Frankfurt für ihn eintreten zu müssen glauben würde. Niemand im Hause bestreitet, daß die Zustände auf dem Frankfurter Bahnhof polizeiwidriger Natur sind. Sie haben heute hier von der großen Zahl von Unglücksfällen gehört, die sich dort ereignet haben. Herr Windthorst war so gut, wie ich, oft in Frankfurt, aber wenn er von diesen Zusammenstößen noch nicht betroffen worden ist, ist dies ein Grund, die Unglücksfälle in Abrede zu stellen? und muß nicht der Gedanke an sechs getödtete Beamte uns beunruhigen für die lebenden? Es kann doch nicht jeder Mensch in jeder Gefahr umkommen, das wäre zu viel gefordert von einem schlechten Bahnhof. Es ist genug, wenn 15 Zusammenstöße, Entgleisungen, ich weiß nicht, wie viel Verwundungen und 6 Tödtungen vorgekommen sind. Wie wäre es zu beantworten, daß die Berlin-Potsdamer Bahn ihren Bahnhof anders zu gestalten gezwungen worden ist — und daselbe geschah in Magdeburg, in Hannover — und der Staat soll da, wo er selbst zu verfügen hat, erklären: Die Gefahr erkenne ich an, aber ich will noch ein Jahr warten! Die untragbaren Zustände in der hiesigen Klinik kannte der Abg. Birchow sehr genau und auf seinen Antrag hat das Haus beschlossen, 1½ Millionen Mark sofort zu bewilligen, damit der Bau angefangen werde, bevor noch die Pläne vorgelegt worden sind. Das Haus kann bei einer gleichen Nothlage in Frankfurt nicht anders verfahren. Der Abg. Windthorst hat nicht erwogen, daß die Budgetcommission bereits dafür gefordert hat, daß der definitive Plan nicht schon auf Grund der Bewilligung dieser 25 Millionen gefaßt werden kann, sondern es sollen nur die notwendigen Vorbereitungen getroffen werden, die unter allen Umständen unentbehrlich sind, wie auch der Plan ausfallen mag.

Diese Vorbereitungen um ein Jahr zu verzögern, liegt doch in der That kein Grund vor. Wenn während dieses Jahres Zusammenstöße, Entgleisungen und Tödtungen von Menschen vorkommen, so ist dies ein geringer Trost, daß nicht zufällig ein Mitglied dieses Hauses davon betroffen worden ist, sondern wir selbst übernehmen die Verantwortlichkeit für jede, auch die geringste Verzögerung, die wir eintreten lassen. Der Abgeordnete Birchow hat gesagt, daß die Regierung Eintritten der schlimmsten Art, vornehmen will, indem sie den freiverwundenen Platz zu Straßen verkaufen will. Aber derartige Grundrunden hat das Reich fortgesetzt vorgenommen und die Städte gleichfalls. Das freiverwundene Plätze Anderen gegen gute Werthe verkauft werden, versteht sich von selbst. Das ist ja gerade finanziell die schlechte Lage des Frankfurter Bahnhofes, daß er sehr ungünstig gelegen ist und den allerbeuersten Platz einnimmt. Es handelt sich also nur darum, einen besseren Bahnhof zu bekommen, der den polizeilichen Rücksichten entspricht. — Der Abg. Windthorst ist eingetreten für die Interessen zweier Nachbarstaaten; er findet, daß Preußen dabei sei, dieselben möglicher Weise zu vergrößern. Aber worin besteht denn der Streit zwischen Preußen und den Nachbarstaaten? Die Nachbarstaaten behaupten, daß Preußen, selbst wenn es seine Kapitalanlage für den Bahnhof verwerfen, dennoch nicht berechtigt sei, an der Dividende einen der Vermehrung der Bahnhofskosten entsprechenden Antheil zu nehmen. Preußen behauptet das Gegentheil, indem es nachzuweisen vermag, daß die Veränderungen so notwendig sind, daß auch die Nachbarstaaten zustimmen müßten. Das wird in letzter Instanz ein Civilproceß werden. Es wäre mir nicht in den Sinn gekommen, eine Sache zu bewirken, die gerade den von mir vertretenen Wahlkreis betrifft, wenn es sich hier nicht um eine Angelegenheit handelte, in der im öffentlichen Interesse zum Schutze des verkehrsreichen Publikums eingeschritten werden muß. Ich bitte, den Beschluß der zweiten Lesung aufrecht zu erhalten.

Abg. Birchow: Es handelt sich doch nur darum, ob man Baden und Hessen zwingen kann, sich an dem Bau des Centralbahnhofes zu beteiligen. Jedenfalls sollte man nicht in der härtesten Weise gegen diese Staaten verfahren, indem man sich nur auf die polizeilichen Befugnisse berufe. Daß man die Angelegenheit im Wege des Civilproceßes entscheiden kann, glaube ich doch nicht; der hiesige und der badische Minister haben in den resp. Kammern gegen das Polizei-Oberaufsichtsrecht Preußens protestirt. Uebrigens ist ja das Project noch gar nicht einmal ausgearbeitet, so lange kann man

noch warten, bis diese Arbeit vorliegt. Die vorgeschlagenen Unglücksfälle kann man doch nicht allein auf die Bahnhofsanlagen schieben.

Minister Maybach: Der Frankfurter Bahnhof der Main-Neckar-, der Main-Neckar- und der Taunusbahn, sowie die auf preussischem Gebiete gelegene Strecke der Main-Neckarbahn sind Staats-Eigentum. Aus dem Vertrag mit Baden und Hessen kann allerdings ein Polizeiaufsichtsrecht Preußens nicht direct hergeleitet werden; daselbe ist vielmehr ein Ausfluß der Staatshoheit und nur wenn ausdrücklich darauf verzichtet wäre, käme es außer Frage. Die Frage ist nicht nur auf eine Geldfrage zu und ich hoffe, daß es auch ohne die Betonung der polizeilichen Seite gelingen wird, in freundschaftlicher Weise die Frage zu regeln. Die Frage des Bedürfnisses ist schon 1872 entschieden, indem die Regierung gesetzlich ermächtigt wurde, die Bahnhöfe Frankfurt in eine einheitliche Station zusammenzufassen. Das Bedürfnis ist ein wirklich dringendes; denn Frankfurt bot im Jahre 1870 bei der Mobilmachung die größten Hindernisse für die militärischen Bewegungen. Wenn ein ähnlicher Zustand eintreten sollte, so müßten die jetzigen Verhältnisse unter allen Umständen abgeändert werden. Die Regierung kann es nicht verantworten, die Hand dazu zu legen, daß diese Zustände noch ein ganzes Jahr lang weiter bestehen.

Das Haus bewilligt darauf die Position.

Beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung richtet Abg. Birchow an den Minister die Frage, wie es mit dem Proceß der hiesigen Agnaten gegen den Fiscus stehe.

Finanzminister Sobrecht: Der Proceß ist in erster Instanz in der Hauptsache günstig für den Fiscus ausgefallen; er schwebt jetzt in zweiter Instanz. Eine weitere Auskunft kann ich augenblicklich nicht geben.

Beim Ministerium der öffentlichen Arbeiten bittet Abg. Berger nochmals um Auskunft über den Bau einer Bahn von Suhl nach Grimmenthal.

Minister Maybach: Ich werde das Meinige dazu thun, um diese Frage endlich zu erledigen; aber ich kann nur im Verein mit dem Staatsminister, besonders nur gemeinsam mit dem Finanzminister vorgehen.

Abg. Kiderit bezeichnet die Veseitigung der Schleuseninsel im Hafen von Danzig als ein dringendes Bedürfnis des Verkehrs.

Abg. Zimmermann betont, daß eine Aenderung in der Organisation der Bauverwaltung in Berlin notwendig sei; jetzt sei z. B. der Fiscus der einzige Betheiligte bei der Stadtbau, in höherer Instanz habe aber dieselbe Behörde zu entscheiden wie in erster Instanz.

Bei dem Justizetat kommt Abg. v. Ludwig auf seine bereits in zweiter Lesung des Etats gegen das Verhalten des Staatsanwalts Feige in dem Proceß gegen v. Dieß-Daber gerichteten Angriffe zurück und fragt den Justizminister, ob der Staatsanwalt Feige berechtigt war, ein von hoher Stelle gekommenes anonymes Schreiben unter Verhüllung der Glaubwürdigkeit desselben, zu verlesen, ein Schreiben, in welchem gegen den Angeklagten erwiegenemassen unwahre Thatsachen behauptet worden seien. Hierdurch habe sich der betreffende Staatsanwalt des Vergehens der Beleidigung schuldig gemacht. Unter wachsender Unruhe des Hauses geht Redner demnach auf die seiner Zeit durch den Abg. Lasker, als Mitglied der Eisenbahnenquete-commission, veranstaltete Vernehmung Abdes' über. Auf mehrfache Unterbrechungen und Rufe zur Sache! erklärt Redner, daß er nicht so ganz fern vom Justizetat sei, da Lasker sich damals als freiwilliger Staatsanwalt gerirt habe und somit jetzt zum Justizetat gehöre. (Große Heiterkeit.) Von dem Präsidenten zweimal mit der Erklärung zur Sache gerufen, daß wenn der Redner trotzdem bei dieser Behandlung des Gegenstandes verharre, er, der Präsident, das Haus darüber abstimmen lassen werde, ob dem Redner das Wort in dieser Sache weiter zu lassen, verläßt Abg. v. Ludwig in gleicher Weise fortzufahren. Da sich die Rufe: Abstimmen! im Hause vermehren, läßt der Präsident darüber abstimmen, ob dem Abg. v. Ludwig in dieser Sache das Wort nicht mehr ertheilt werden soll. Hierfür stimmt die große Mehrheit des Hauses, darunter ein großer Theil des Centrums mit den Abg. Windthorst und v. Schorlemer-Alst.

Abg. Horwig: Ich bin in Verlegenheit, mit dem Vorredner zu demselben Etat das Wort ergreifen zu müssen (Unruhe). Der Vorredner beabsichtigt jedenfalls mit seinen Ausführungen nur, die Zeit so einzuführen ... (Große Unruhe.)

Präsident v. Bennigsen: Ich hätte erwarten dürfen, daß, nachdem das Haus über diesen Gegenstand seine Entscheidung getroffen, der Redner auf diesen Vorgang nicht weiter eingehen würde. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Horwig befragt den Justizminister über die mit der Justizorganisation zusammenhängenden Veränderungen im Notariat in den Händen der Rechtsanwältinnen, namentlich ob den Rechtsanwältinnen und Notaren, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnisverwaltern, welche ihren jetzigen Wohnsitz aufgeben würden, an ihren neuen Wohnsitz ebenfalls das Notariat verbleiben würde.

Ministerialdirector Rindfleisch erwidert, daß das Notariat zur Zeit nur für räumliche Bezirke ertheilt sei, und eine Abänderung nur im Wege des Gesetzes erfolgen könne.

Abg. Zimmermann weist darauf hin, daß von den Anträgen, welche seitens der Gefängnisverwaltung beabsichtigt seien, die Erhöhung des Gehaltes der Gefängnisverwalter, namentlich ob den Gefängnis

telegraphisch gemeldet, hat der seitliche kaiserliche Gesandte am 10. d. dänischen Hofe, Wirkliche Geheime Rath von Heydebrand und der Lasa, am 9. d. M. dem Könige von Dänemark sein Abschiedsschreiben überreicht. Der „N.-A.“ fügt dieser Mittheilung noch hinzu: Die Gesandte der kaiserlichen Gesandtschaft in Kopenhagen werden bis auf Weiteres von dem Legationssecretär Grafen von der Goltz, als interimistischem Geschäftsträger, geführt.

● **Berlin, 10. Febr.** [Das Reichstags-Disziplinargesetz. — Bericht der Eisen-Enquête-Commission. — Gutachten über Havarie grosse. — Behandlung verbotener Druckschriften durch die Post.] In der Bundesrathssitzung vom Sonnabend wurden die Anträge des Justiz-Ausschusses in Betreff des Strafgewalt-Gesetzes mit einigen nicht wesentlichen Änderungen des § 3 des Entwurfes angenommen. Auf Grund des so veränderten Entwurfs werden jetzt die Motive zur Vorlage an den Reichstag ausgearbeitet, da die Einbringung voraussichtlich unmittelbar nach Eröffnung des Reichstages stattfinden wird. — Der Bericht der Eisen-Enquête-Commission wurde aber in derselben Sitzung nicht, wie die „Nat.-Z.“ irrtümlich berichtet, den Ausschüssen, sondern der Zolltarif-Commission überwiesen. — Heute ist im Reichskanzler-Amt eine Subcommission der technischen Deputation für Seeschiffahrt zusammengetreten behufs Vorbereitung des von der am 27. d. Mts. zusammentretenden Deputation zu erstellenden Gutachtens über Havarie grosse. Die Deputation dürfte höchstens zwei Tage arbeiten. — Zu dem Verbot von Druckschriften auf Grund des Socialistengesetzes hat der General-Postmeister eine Verfügung erlassen des Inhalts, es sei die Wahrnehmung gemacht worden, daß von den im Ausland erscheinenden, auf Grund des Gesetzes verbotenen periodischen Druckschriften einzelne Exemplare sowie größere Partien mittelst der Kartenschlässe vom Ausland in einer Form eingeführt werden, welche bei einiger Aufmerksamkeit den Inhalt der Sendung erkennen läßt. Zeitschriften dieser Art dürfen von den Postanstalten weder vertrieben noch auch, sofern sie unter Band der Anstalt zugehen, weiter befördert werden, vielmehr sind derartige Sendungen an die Polizei-Behörde abzuliefern. Dieser Verfügung ist ein Verzeichniß der verbotenen ausländischen Zeitschriften beigelegt. Es wird dann noch bemerkt, daß die „Tagewacht“ und die „Freiheit“ mit verschiedenen Namen bezeichnet werden; so ist z. B. Nr. 3 der „Freiheit“ unter dem Namen „Bismarck“ verbreitet worden.

— **Berlin, 10. Febr.** [Zur Eröffnung des Reichstages.] Soeben geht mir die bestimmteste Nachricht zu, daß die Eröffnung des Reichstages am Mittwoch durch den Kaiser in Person erfolgen wird. W.T.B. [Der Bundesrath] hielt am Sonnabend, den 8. Februar, eine Plenarsitzung. Den Vorsitz führte der Reichskanzler, später der königl. bayerische Gesandte v. Rüdert, und als auch dieser zum Verlassen der Sitzung genöthigt war, der Präsident des Reichskanzleramts, Staatsminister Hofmann. Nach Feststellung des Protokolls der vorletzten Sitzung wurde mündlicher Auschussbericht erstattet über den Entwurf eines Gesetzes wegen der Strafgewalt des Reichstages über seine Mitglieder. Der Gesetzentwurf wurde in der vom Ausschuss vorgeschlagenen Fassung mit einigen Änderungen angenommen. Der Bericht der Eisen-Enquête-Commission wurde der Zolltarif-Revisions-Commission überwiesen. Mündliche Auschuss-Berichte wurden erstattet über a. den Etat der Reichsschuld, b. den Entwurf eines Gesetzes, wegen Erwerbung u. eines Grundstücks für das Gesundheitsamt, c. den Entwurf eines Gesetzes wegen der Feststellung des Reichshaushalts-Etats für 1879/80, d. den Entwurf eines Gesetzes wegen Aufnahme einer Anleihe u. der Etat, sowie die Gesetzentwürfe wurden nach den Auschussanträgen genehmigt. Auf mündlichen Bericht des Ausschusses für Rechnungswesen wurde ferner der Inhalt der vorgelegten Nachweisung über die verfügbaren Bestände bei den übertragungs-fähigen Titeln des Reichshaushalts-Etats für durch die Beschlüsse zum Reichshalts-Etat für 1879/80 erledigt erklärt. Eine Eingabe der Handelskammer zu Breslau, betreffend die Abänderung des Wechselstempelgesetzes wurde dem bezüglichen Ausschuss, Eingaben des Vereins zur Hebung bergbau-lischer Interessen in Magdeburg, betreffend Eingangs-zoll für böhmische Braunkohle, der Handels- und Gewerbestammer für Schwaben und Neuburg zu Augsburg, betreffend die Verzollung von Leigwaren-Fabrikaten, des unterfränkischen Weinbauvereins zu Würzburg, betreffend den Wein-zoll, der Handelskammer zu Frankfurt a. M., betreffend die Revision des Zolltarifs wurden der Zolltarif-Revisions-Commission überwiesen.

[Verfügungen auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. October 1878.] Verboten wurde die vom communistischen Arbeiter-Bildungsverein in London herausgegebene und bei John Vale u. Sons in Marylebone gedruckte periodische Druckschrift, welche in den beiden ersten Nummern ihres ersten Jahrgangs vom 4. und 11. Januar 1879 den Titel „Freiheit“ führte, und seitdem unter veränderter Bezeichnung weitererscheint. — Das von der königl. preussischen Regierung zu Duppeln unterm 31. December v. J. ausgeprochene Verbot der Druckschrift: „Mittelsrebe, gehalten vor den Geschworenen zu Düsseldorf am 3. Mai 1849 gegen die Anklage, die Bürger zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufzureizen zu haben. Von Ferdinand Kasse. Braunschweig. Druck und Verlag von W. Brade jun. 1876“ ist durch die Reichscommission aufgehoben worden, ebenso das von der königl. preussischen Regierung zu Breslau unterm 21. December v. J. ausgeprochene Verbot der Druckschrift: „Drei Jahre aus meinem Leben oder Mein Prozeß wegen Erregung von Mißvergnügen und Unzufriedenheit, meine Suspension und Wiedereinführung ins Lehramt. 1845—1847. Von R. W. Wander. Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschafts-Buch-druckerei. 1878.“ — Verboten wurde die vom 28. December 1878 datirte Probenummer, sowie die in der Zeit vom 8. Januar bis 29. Januar 1879 erschienenen Nummern 1—7 der in Chur herausgegebenen periodischen Druckschrift „Der Volksfreund“.

[Verbot auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. October 1878.] Das fernere Erscheinen der in Verviers erscheinenden periodischen Druckschrift: „Le cri du peuple Organe socialiste révolutionnaire“ im Reichsgebiet.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Wiesbaden, 10. Febr. Dem „Rhein. Courier“ wird aus Caub vom heutigen Tage gemeldet: Gestern Abend um 7 Uhr erscholl der Ruf: Der Berg ist wiederum gerutscht! — An derselben Stelle, wo vor fast 3 Jahren die bekannte Katastrophe stattfand, hat sich jetzt wiederum eine ungeheure Masse Geröll von dem Abhang des Berges an dem Fuße abgelagert. Ein Hinterhaus ist haushoch überschüttet worden und eingedrückt; ein zweites, zum „Adler“ gehöriges Hinterhaus, ist stark verschoben, so daß es, wenn es nicht einstürzt, doch abgetragen werden muß. Menschenleben sind bei der Katastrophe nicht zu beklagen, doch sind drei Familien obdachlos geworden.

Wien, 10. Febr. Meldungen der „Polit. Corresp.“: Aus Konstantinopel vom 9. d. M. Abends. Die russisch-türkischen Vereinbarungen umfassen: 1) den Friedensvertrag, 2) eine Note auslands an die Pforte, 3) das Protokoll. Die Hauptbestimmungen der 12 Artikel des Friedensvertrages sind folgende: Der Berliner Vertrag tritt rückgängig an die Stelle jener Bestimmungen des Vertrages von San Stefano, mit denen sich der Berliner Congreß befaßte. Die von dem Berliner Congreß nicht berührten Punkte des Vertrages von San Stefano werden durch den gegenwärtigen Vertrag geregelt. Die Kriegskosten-Schuldung ist auf 802,500,000 Frs. festgesetzt, der Zahlungsmodus und die Garantien für die Zahlung werden einer weiteren Vereinbarung vorbehalten. Eine Entschädigung von 26,500,000 Frs. ist für die in der Türkei anfallenden, durch den Krieg geschädigten Russen bestimmt; Reclamationen derselben können erst nach einem Jahre eingbracht werden. Die Zahlung der Verpflegungskosten für die Kriegsgefangenen erfolgt innerhalb 7 Jahren in 21 Raten. Die Einwohner der an Rußland abgetretenen Gebiete können ihren Grundbesitz verkaufen und das Land binnen 3 Jahren verlassen. Für alle Vorkommnisse vor dem Abschluß des Vertrages wird gegenfeitig vollständige Amnestie gewährt. Die früheren Handelsverträge und Capitulationen mit Rußland treten wieder in Kraft. Die Ratificationen werden womöglich innerhalb 14 Tagen ausgetauscht. — In der Note des Fürsten Lobanoff an die Pforte wird an-gedeutet, daß die russischen Truppen den Rückmarsch sofort nach

Austausch der Ratificationen beginnen und in längstens 35 Tagen beendigen würden. — Das Protokoll bestimmt: 1) Die Anerkennung der Bestimmungen des Berliner Vertrages, implizit keine Abänderung und Veränderung dessen Charakter und Tragweite nicht, 2) die Entschädigung von 26,500,000 Frs. für die russischen Unterthanen in der Türkei ist das Maximum; die Ansprüche an diese Summe werden durch eine russische Commission unter Theilnahme eines türkischen Delegierten geprüft. 3) Die Auslieferung des in dem Vertrage von San Stefano befindlichen Artikels bezüglich der Kriegskosten-Schuldung für Rumänien, Serbien und Montenegro ist durch die Unabhängigkeit dieser Staaten begründet; denselben bleibt es unbenommen, sich dieserhalb mit der Pforte direct ins Einvernehmen zu setzen. 4) Die Amnestie hindert keinen der beiden contrahirenden Theile, Polizeimaßregeln gegen Personen zu ergreifen, welche ihm gefährlich werden könnten. Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Vertrages erklärte Fürst Lobanoff in Gegenwart Karatzeodory Paschas, die Räumung von Adrianopel und der Umgebung werde trotz der vertragsmäßigen 35tägigen Frist unverzüglich beginnen. Thatsächlich haben die Russen bereits am 9. d. Vorkommnissen zum Abmarsch von Adrianopel getroffen, Reouf Pascha begiebt sich heute dorthin. Mahmut Nedim Pascha hat den Gouverneurposten in Mosul abgelehnt. — Aus Saloniki vom 9. d.: Türkischerseits ist amtlich constatirt worden, daß die im Dorfe Samirova oder Schikowa District (Kantoi) ausgebrochene Krankheit der Typhus ist. Seit 3 Monaten sind dort von 700 Einwohnern 250 am Typhus gestorben, 100 sind noch krank.

Wien, 10. Febr. Die Einnahmen an directen Steuern im Jahre 1878 betrugen nach einer Meldung der „Polit. Corresp.“ 93,358,000 Fl. oder 1,286,000 Fl. mehr als im Jahre 1877; die indirecten Steuern ergaben eine Einnahme von 172,391,000 Fl. oder 1,282,000 Fl. mehr als im Jahre 1877.

Paris, 10. Febr. Gegen die radicale „Revolucion Française“ ist das gerichtliche Verfahren eingeleitet worden wegen Veröffentlichung mehrerer von verurtheilten Theilmehmern an der Commune herrührender Artikel. — Die Ernennung Chanzys zum Votschaster in Petersburg ist nunmehr als sicher anzunehmen.

Triest, 10. Febr. Der Lloyd-Dampfer „Jris“ ist mit der ostindisch-chinesischen Ueberlandspost heute aus Alexandria hier eingetroffen.

Newyork, 10. Febr. Der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Der“ ist hier angekommen.

Almouth, 10. Febr. Der Hamburger Postdampfer „Gellert“ ist hier eingetroffen.

Provincial-Beitung.

Breslau, 11. Febr. [Personalien.] Bestätigt die Vocation für den Schulamts-Candidaten Rudel zum Lehrer an der ev. Schule in Jägerndorf, Kr. Jauer; für den bisherigen Adjunkten Grün in Schoodorf zum Lehrer an der evangel. Schule in Krummlinde, Kr. Lüben; für den bisherigen Lehrer Ansg in Mettschlag, Kr. Sprottau, zum Lehrer an der katbol. Elementar-schule in Dammerau, Kr. Grünberg; für den bisherigen Gymnasiallehrer Dr. Peters in Kreuzburg O.S. zum wissenschaftlichen Lehrer an der städtischen höheren Mädchenschule zu Glogau, für den bisherigen Lehrer Schmidt in Kröben zum Lehrer an der evangelischen Bürger-schule zu Glogau; die Wahl des Apothekers Hartung in Jauer zum unbefoldeten Rathsherrn dieser Stadt; die Vocation für den bisherigen Lehrer Köhler in Petersdorf zum Lehrer, Cantor und Organisten in Friedeberg a. O. und für den bisherigen Lehrer Schneider in Spreitz zum Cantor, Küster und ersten Lehrer an der evangel. Kirche und Schule zu See, Kr. Rothenburg Ober-Rautz; für den bisherigen Pastor Gramsch in Groß-Rosen zum Pfarrer der evangelischen Kirchengemeinde in Herrndorf, Kr. Glogau, und für den bisherigen Pastor Franz in Freistadt zum Pfarrer an der evangel. Kirchengemeinde in Kaiserwalbau, Kr. Girsberg.

s. Grünberg, 9. Febr. [Musikalisches. — Statistisches.] Der Musikalische Gesangsverein (der einzige Verein, welcher am hiesigen Orte den Männer- und gemischten Chor noch pflegt) führte gestern Abend eine Reihe ausgewählter Mendelssohn'scher Compositionen auf. Die Männer- und gemischten Chöre wurden durchweg frisch und präcis geungen und die zahlreichen Soli hatten würdige Vertreter gefunden. Das zahlreich anwesende Publicum sorgte mit dem wohlverdienten Beifall nicht. — Die Einwohnerzahl hiesiger Stadt betrug bei der im November v. J. stattgefundenen Klassen-Neuerfassung 12,366; 1877: 12,187; es hat sich also die Einwohnerzahl in einem Jahr um 179 Seelen vermehrt.

s. Bunzlau, 9. Februar. [Tageschronik.] Der hiesige Verein für Rettung sittlich verwaundelter Kinder hielt am Donnerstag Nachmittag eine Generalversammlung ab, in welcher der Vorsitzende, Pastor prim. Kretschmar, das erfreuliche Resultat feststellen konnte, daß von den Knaben, die seit 25 Jahren in dem Rettungshause Aufnahme gefunden, 90 pCt. als gerettet und nur 10 pCt. als verloren bezeichnet werden müssen. Das Rettungshaus zählt gegenwärtig 22 Zöglinge. Die Einnahme für das Jahr 1878 betrug 12,507 M. 75 Pf., die Ausgabe 10,814 M. 96 Pf., das Vermögen erreichte die Höhe von 17,595 M. und der Baufonds von 4500 M. Die Landwirthschaft des Rettungshauses ergab einen Ueberschuß von 175 M. — Neben den Diakonissen finden auch die Grauen Schwestern hiesorts thätig. Der von Herrn Pfarrer Kreuz erstattete Jahresbericht über die Wirksamkeit der letzteren weist nach, daß im Jahre 1878 gepflegt wurden 232 Kranke, und zwar 156 evangelische, 65 katholische und 11 israelitische. Die Zahl der Pflegetage betrug 787, der Nachtwachen 345. — Es hat sich hier eine Männerriege gebildet, die alle Montag Abende in der Turnhalle zu turnen geht. Den Anstoß dazu gab Herr Kämmerer Salomo. — Die beiden Personen, Frau Handelsmann Hartmann und Nähterin Anna Hammer, welche am 6. d. M. einen Sprung aus dem brennenden Hause wagten und dadurch ihr Leben retteten, liegen noch schwer krank an den Brandwunden, die sie trotzdem davon trugen, darnieber. Letztere beklagt außerdem um so schmerzlicher den Verlust all ihrer Habe, als sie sich in dürftigen Verhältnissen befindet.

2 Meisse, 8. Febr. [Richtigstellung. — Vier Menschen erstickt. — Handwerksmeister-Verein.] Die Frauensperson, welche jüngst hier ein Schaufenster zertrümmerte, ist vollständig zurechnungsfähig und schon wiederholt wegen begangener Diebstähle c. bestraft. Sie wurde wegen eines eben wieder verübten Diebstahls in den Polizeiarrest abgeführt; auf dem Wege dahin verübte sie die gemeldete Nachlosigkeit. — Am vorigen Donnerstag ging ein hier in der v. Langendorf'schen Großen Mühle beschäftigter Arbeiter nach seinem Wohnorte Neum., um seine Frau, welche kurze Zeit vorher entbunden worden war, zu besuchen. Zu seinem Entsetzen fand er beim Betreten seiner Wohnstube seine Frau, deren zur Pflege der Wöchnerin anwesende Mutter, seine zweijährige Tochter und das neugeborene Kind als Leichen vor. Heftiger Kohlengeruch verrieth dem tief Bestagerten, daß seine Angehörigen an Kohlengas erstickt waren. — Wie in Osnabrück und anderen Städten, so hat auch hier die Nothlage, unter welcher das Handwerk leidet, eine Anzahl von Handwerks-mästern zur Begründung eines Vereins veranlaßt, welcher sich die Bekämpfung der herrschenden Mißstände im Handwerkerstande zur Aufgabe stellen will. In den provisorischen Vorstand wurden gewählt die Herren Uhrmacher Reiß sen., Sattlermeister Sperling, Kürschnermeister Rieger und Pfefferkühlermeister Kunz. Erfreulicher Weise ist die Zusammen-schließung des Vorstandes, in welchem religiös-politische Gegensätze ihre Vertreter finden, lediglich mit Rücksicht auf Nützlichkeit erfolgt und verbürgt somit gedeihliches Handeln zu dem gemeinsamen Zwecke.

4 Coblenz, 9. Febr. [Die gestrige Stadtverordneten-sitzung] war insofern von Wichtigkeit, als in derselben fast einstimmig beschlossen wurde, zur Unterbringung der beiden Amtsgerichte auf das Rathhaus und das neben demselben stehende städtische Haus einen dritten Stock aufzubauen. Es werden dadurch nicht nur die von der Justizbehörde verlangten Localen für die Amtsgerichte, sondern auch für den Magistrat in ausreichender Weise geschaffen werden, und außerdem wird das also entstehende Gebäude der Stadt zur Zierde gereichen. Der Justizseus zahlt für die Localen, welche ihm bis zum 1. September d. J. fertig gestellt und zur Benutzung überwiesen werden, einen jährlichen bestimmten Mietzins.

A. Leobsdorf, 9. Februar. [Kammer- u. Rassen-Stat für das Jahr 1879/80.] Der in der Registratur des Magistrats zur Einsicht der Einwohner-schaft ausliegende Kammer- u. Rassen-Stat für das Jahr 1879/80 balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 156,660 M., im Vorjahre mit 152,300 M. Unter den Einnahmen figuriren die Ueberschüsse aus den Kammerrenten und größeren Erwerbsanstalten mit 72,282 M. 39 Pf., im Vorjahre mit 74,995 M. 59 Pf. und die Communalbeiträge und zu erstattenden Steuern und Wegebaukosten mit 63,541 M. 54 Pf., gegen 55,905 M. 96 Pf. im Vorjahre. Bei den Ausgaben sind hervorzuheben die allgemeinen Verwaltungskosten mit 23,149 M. 5 Pf., der Zuschuß zu den Schulfonds mit 40,582 M. 20 Pf., der Zuschuß zur Armen- und Kranken-

kasse mit 15,196 M., die Verzinsung und Amortisation von Schulden 12,633 M. 77 Pf.

□ Gleiwitz, 8. Februar. [Tages-Chronik.] Im Gewerbe-Verein experimentirte Freitag, den 7. d. M., vor einem zahlreichen Auditorium der Physiker Herr Dr. Zentler aus Berlin mit dem Edison'schen Phonographen, über dessen Erfindung genannter Herr einen Vortrag hielt. Die Experimente mit diesem einfachen, aber höchst sinnreichen Apparate erregten bei dem Auditorium Staunen und Bewunderung. — Herr Theater-Director Stegemann, der am 16. d. seine Vorstellungen in Briesg schließt, beabsichtigt in diesem Monate hierorts einen Gastspiel-Cyclus zu eröffnen. — Unsere Sommerbühne hat dieser Tage der Director des Liegnitzer Stadt-Theaters für die kommende Saison pachtweise übernommen.

Δ Raklo, 8. Febr. [Leichenverbrennung wider Willen.] Heute Morgen erlebten die Bewohner und Arbeiter des von Koschütz'schen Kalkwerkes ein eben so seltenes, als gräßliches Ereigniß, nämlich den Anblick einer brennenden Menschenleiche. Von der Gichtöffnung eines Kalkofens wurde ein menschlicher Leichnam entfernt, der, auf die zum Ofen führende Laufbrücke gelegt, noch in hellen Flammen brannte, so daß dieser brennende Körper mit einer Quantität Wasser gelöscht werden mußte. Der Leichnam bestand nur noch aus Rumpf und Kopf, denn Hände und Beine waren schon vollständig zu Asche verbrannt, und selbst die traurigen Ueberreste des Rumpfes waren theilweise vollständig verlohrt. Der Anblick der verfohten Leiche war ein entsetzlich erschütternder. Da nach den vorhandenen verfohten Ueberresten unmöglich eine Person recognoscirt werden konnte und sowohl von den Bewohnern, als auch Arbeitern des Werkes keiner fehlte, so blieb nur die Vermuthung übrig, daß irgend ein heimathloses Individuum dort während der Nacht ein warmes Asyl suchte und durch das hervorströmende Kohlenoxydgas den Erstickenstod fand. Als das Feuer des Ofens bis nach oben durchbrannte, ging der Prozeß der Verbrennung vor sich, dem erst beim Anzuge der Schicht durch die Arbeiter ein Ziel gesetzt wurde, indem man die Ueberreste aus der Gichtöffnung hervor-zog. Durch den Amtsvorstand von Neudeck wurde in Person des Amts-Vorsteher-Stellvertreters Herrn Bernert der Thatsachbestand festgestellt und der Staatsanwaltschaft zu Beuthen davon Nachricht gegeben.

Handel, Industrie etc.

Berlin, 10. Febr. [Börse.] Im gestrigen Privat-Verkehr war die Haltung Anfangs fest, am Schluß auf die neuesten Bestandsnachrichten ab-geschwächt. Eisenbahnen, besonders Bergische beliebt und anziehend. Creditactien 388,50—391,50—390,00, Franzosen 424,00—423,50—425,00 bis 424,50, Lombarden 113,00, 1860er Loose —, österr. Papierreute 53,25, do. Goldrente 64,40—64,75, do. Silberrente —, ungarische Goldrente 71,10 bis 71,40—71,30, Italiener 74,40—74,50, Türken —, 1877er 5proc. Russen 83,50 bis 83,90—83,60, Zweite Orient-Anleihe 55,50 55,75, Russische Noten per ultimo 195,00—195,75—195,25, Rumänien 28,25—28,90, Köln-Mindener Bahn 103,10—103,25, Bergisch-Märkische Bahn 76,90—77,20, Rheinische Bahn 106,00—106,10, Berlin-Stettiner Bahn —, Galizier 94,75, Ober-schlesische Bahn —, Disconto-Commandit 126,25—126,75—126,50, Deutsche Bank —, Darmstädter Bank —, Reichsbank —, Laurahütte 65,60—65,75. Nachbörse: Creditactien 389,00—389,50, Disconto-Commandit 126,40, 1877er Russen 83,50, russische Noten 195,00, Hibernia und Chamrad 51,00.

Das heutige Geschäft trug während der ersten Börsenstunde eine unbestimmte Haltung, später griff jedoch eine festere Tendenz Platz. Obwohl die Umsätze nur geringe Ausdehnung gewannen, so zeigte der Verkehr im Allgemeinen doch eine größere Regsamkeit, als an den Tagen zuvor. In Folge der etwas höheren Notirungen, die von den auswärtigen Börsen-plätzen gemeldet wurden, zogen auch die betreffenden Effecten in den Coursen an. Von den internationalen Speculationspapieren zeichneten sich besonders Oesterr. Creditactien durch lebhaften Verkehr aus, dieselben hatten mit einer kleineren Avance eingeseht und erweiterten fortanend die Differenz gegen ihren gestrigen Coursstand. Franzosen waren ebenfalls sehr fest, mußten sich aber mit einer geringeren Cours-Erhöhung begnügen, und Lombarden blieben ganz vernachlässigt. Von österreichischen Nebenbahnen erlitten sich Turnau-Prager, Rudolfsbahn, Albrechtbahn und Ungarisch-Galizische Bahn einiger Bevorzugung. In den localen Speculations-Papieren belebte sich gegen Schluß der Verkehr etwas, Disconto-Commandit-Antheile konnten etwas anziehen. Dieselben notirten ultimo 126,50 bis 127,40, Laurahütte ult. 65½. Von den ausländischen Staatsanleihen, die fast sämmtlich in den Coursen anzogen, haben nur Oesterr. Goldrente, Italiener und Türken ein regeres Geschäft aufzuweisen, 5proc. russ. Staatsanleihen per ult. 83½—83½, russische Noten schlugen folgende Richtung ein, per ultimo 194½—194½—195 (Vorrämen 196½/1½), per März 195½—196—195½ (Vorrämen 197½/2½). Preuss. Fonds unbelebt, von anderen deutschen Staatspapieren waren Badische Prämien-Anleihe und Baderische Prämien-Anleihe gefragt. In den Eisenbahnprioritäten entwickelte sich ein lebhaftes Geschäft. Görlitzer B und C in besonders reger Nachfrage. Ausländische Devisen ruhiger. Auf dem Eisenbahn-Actienmarkt waren vorzugsweise die rheinisch-westfälischen Speculationsdevisen beliebt. Per ult. notiren: Bergische 77—77,25, Kölnische 103,10—103,80, Rheinische 106,25. Aber es gingen auch andere Bahnen wie Potsdamer und Stettiner, ferner Anhalter und Halberstädter lebhaft um. Thüringische kamen höher zur Notiz. Rumänen fest bei mäßigem Geschäft. Oesterr. Südbahn steigend, Schweizerische Union lebhaft und höher, Weimar-Geraer nachlassend. Banactien fest, aber ruhig. Darmstädter Bank und Deutsche Bank anziehend. Meininger belebt und höher, Schaaff-hausen besser, Berliner Kassenverein höher, Bommersche Hypotheken-Bank zog etwas an, Preuss. Bodencredit kam zwar etwas höher zur Notiz, blieb jedoch schließlich angeboten, Preuss. Central-Bodencredit schwächer, Gothaer Grundcredit-Bank ließ etwas nach, Börsen-Bankelz-Verein und Silber Hypotheken gedrückt. Industriepapiere befehligen sich wenig am Verkehr. Preussische Eisenbahndarlehnen nicht unbelebt. Montanwerthe behaupteten auch heute gute Festigkeit. Bergisch-Märkisch Bergwerk, Braunschweiger Kohlen und Neue Dortmund anziehend. Eisenkirchen schwach. Köln-Münster, Alte Dortmund gingen in dem Course zurück.

Um 2½ Uhr: Schwächer. Credit 392, Lombarden 113,50, Franzosen 424,50, Reichsbank 153, Disconto-Commandit 127, Laurahütte 65,50, Türken 13, Italiener 74,50, Oesterr. Goldrente 64,75, Ungarische Goldrente 71,50, Oesterr. Silberrente 54,50, do. Papierreute 53,40, 5½ Russen 83,75, Köln-Mindener 103,75, Rheinische 106,25, Bergische 77,10, Rumänien 29, Russische Noten 195,25, Orient —.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterr. Silberrent-Op. 1 2,25 bez., do. Eisenb.-Coup. 172,25 bez., do. Papier in Wien zahlb. in 50 Pf. t. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,16 bez., do. Priorität. 4,155 bez., do. Papier-Dollars 4,155 bez., 6% New-York-City — bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. t. Bet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ.-Engl. conf. verl. — bez., Russ. Zoll 20,53—52 bez., 22er Russen —, Gröke Russ. Staatsbahn — bez., Russ. Boden-Credit — bez., Warschau-Wiener Comm. — bez., 8% Rumänische Div.-Sch. p. 78 — bez., Warschau-Teresopol — bez., 3% und 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlb. min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Belg. Str.-Delikat. 20,40 bez.

© Paris, 8. Febr. [Börsenwoche.] Die Börse hat sich den politischen Ereignissen gegenüber innoher kaltblütig. So haben die Vorgänge dieser Woche abermals nur einen sehr unbedeutenden Einfluß auf die Haltung des Renten- und des Effectenmarktes geübt. Die Tendenz bleibt eine im Ganzen feste und die Ursache dieser Festigkeit muß man eher in dem entschiedenen Auftreten des Comptant, in den zunehmenden Käufen des Capitals und Ersparnissen als in neuen Käufen der Speculation suchen. Eine starke Hausse erwartet man für die nächste Zeit nicht, wie aus dem Umstande hervor-geht, daß die Prämien mit lächerlich geringen Abständen gehandelt werden. Das Börsengespräch dreht sich nach wie vor hauptsächlich um die Convertirungs-gerüchte und die Ungewißheit in Betreff der großen Operation, die in einer mehr oder minder nahen Zukunft unermesslich sein dürfte, ist auch einer der Gründe, welcher einen stärkeren Aufschwung, namentlich der 5proc. Rente, verhindert. In den wohlunterrichteten Finanzkreisen glaubt man jedoch nicht, daß der Minister Leon Say sich in Wäbe einschließen wird, die Convertirung zu beantragen. Auf dem Effectenmarkt ist auch diesmal besonders die flauere Haltung die egyptischen Uncien zu signalisiren.

Posten-Creuzburger Eisenbahn-Gesellschaft.

Die Einnahme pro Monat Januar 1879 beträgt:

	provisoriell 1879	definitiv 1878
a. Personen-Verkehr.	27,297 M.	26,160 M.
b. Güter-Verkehr.	99,177 „	92,498 „
c. Extraordinarien.	9,700 „	9,000 „
Summa	136,174 M.	127,658 M.

Pro Monat Januar 1879 mehr 8516 M.

